

Yannick Buttet tritt zurück

Stalking: CVP-Nationalrat gibt sein Mandat per sofort ab

Sitten. Der Walliser CVP-Nationalrat Yannick Buttet tritt per sofort als Nationalrat zurück. Dies gab sein Anwalt gestern bekannt. Er habe im Interesse seiner Familie und seiner Partei entschieden, per sofort als Nationalrat zurückzutreten, heisst es in der Erklärung. Er tue dies unabhängig vom derzeit hängigen Strafverfahren, dessen Ausgang noch offen sei. Ausschlaggebend für diesen Entscheid sei vielmehr der Wunsch, seine Familie und sein Umfeld zu schützen und die notwendige Ruhe für seinen Heilungsprozess zu schaffen. «In der Öffentlichkeit wurde ein Bild von mir gezeichnet, in dem ich mich selbst nicht wiedererkenne und von dem ich mich auch distanzieren», heisst es weiter. «Ich bedaure zutiefst, mein Engagement auf Bundesebene nicht so abschliessen zu können, wie ich mir das vorgenommen hatte», heisst es weiter. Auf Wunsch seiner Partei werde er weiterhin seine Aufgaben im Dienste der Bewohnerinnen und Bewohner von Collombey-Muraz wahrnehmen, sobald dies seine Gesundheit wieder gestatte.

Neue Vorwürfe

Am Wochenende war bekannt geworden, dass die Walliser Staatsanwaltschaft gegen Buttet ein Strafverfahren wegen des Verdachts auf Nötigung eröffnet hat, nachdem seine frühere Geliebte ihn wegen Delikten gegen die Ehre und die Freiheit angezeigt hatte. Die Polizei hatte in der Nacht auf den vergangenen 19. November wegen Buttet in Siders ausrücken müssen. Dort soll er bei seiner Ex-Geliebten solange geklingelt haben, bis die Frau die Polizei rief. Davor soll er ihr täglich bis zu 50 Nachrichten geschickt haben.

Nach Bekanntwerden dieses Falls waren von verschiedenen anderen Frauen vornehmlich anonyme Vorwürfe wegen sexueller Belästigung gegen Buttet erhoben worden. SDA

Nachrichten

Nazi-Tattoo: SVP-Politiker tritt zurück

Neuenburg. Der Präsident der Jungen SVP Neuenburg, Stève Cao, ist wegen eines Tattoos mit nationalsozialistischem Motiv zurückgetreten. Stève Cao hat sich den Leitspruch der SS, der Schutzstaffel von Adolf Hitler, auf den linken Unterarm tätowieren lassen, wie SVP-Präsident Albert Rösti zu Berichten der *Zentralschweiz am Sonntag* und der *Ostschweiz am Sonntag* bestätigte. Nachdem Rösti über das Tattoo in Kenntnis gesetzt wurde, hat er sofort reagiert. Er verlangte von der Neuenburger Sektion, dass Cao die Partei verlässt. SDA

Untersuchung gegen Ribar wird ausgedehnt

Bern. Die zuständige Kommission des Ständerats weitet laut einer Meldung der *NZZ am Sonntag* ihre Untersuchung wegen des umstrittenen Mandats von SBB-Verwaltungsratspräsidentin Monika Ribar aus. Die Kommission habe zusätzliche Fragen nachgereicht. Ribar war Verwaltungsrätin der Firma Capoinvest des Geschäftsmanns Jean-Claude Bastos, die in Angola umstrittene Geschäfte macht. SDA

Drohne kollidiert beinahe mit Rega-Helikopter

Zürich. Bei einem Test mit Drohnen ist es laut *SonntagsZeitung* zu einem Zwischenfall gekommen. Dieser geschah, als der Onlinedienst Siroop und der US-Drohnenentwickler Matternet in Zürich mit einer Drohne Päckli auslieferten. Auf der Route flog ein Helikopter der Rega – wegen der Wolkendecke tiefer als üblich. Er war auf dem Weg ins Universitätsspital. Beide Flugobjekte kamen sich bedrohlich nahe. Die Kollision blieb zwar aus, allerdings informierte die Rega das Bundesamt für Zivilluftfahrt. Die Abstände seien aus Rega-Sicht bemerkenswert klein gewesen. SDA

Zögerliches Abwarten, halbherzige Ansätze und tagespolitikbestimmte Antworten nützen wenig Sicherheit und Freiheit im Wandel

Von Roger E. Schärer

Wandel verunsichert und ändert auch die Sicherheitsbedürfnisse und Ansprüche. Je schneller sich dieser mit Unsicherheiten verbundene Wandel vollzieht, desto mehr wird nach konstanten festen Werten individuell und kollektiv nachgefragt. In Zeiten der Unsicherheit, Ungewissheiten und neuen Herausforderungen ist eine objektive Analyse des Wandels nötig.

Diese Analyse darf sich nie auf Kurzfristigkeit ausgerichtet sein. Es ist die Herausforderung dieser eine positive Gestaltungs- und Veränderungskraft abzugewinnen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft haben eine Verantwortung, diese zukunftsgerichtet auch anzudenken und zu kommunizieren. Wer die Herausforderungen erkennt, muss Verantwortung übernehmen. Zögerliches Abwarten, halbherzige Lösungen und tagespolitikbestimmte Antworten nützen wenig. Im Wandel gilt es, die positiven und dynamisierenden Elemente mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften zu bündeln und Orientierung zu schaffen. Vorausschauendes Denken und Agieren ist im Wandel unabdingbar.

Wandel als Konstante

Wandel und Unsicherheiten sind die wesentlichsten Konstanten in der Geschichte der Menschheit. Mit diesen sind immer enorme individuelle und kollektive Unsicherheiten und Risiken verbunden. Um Wandel und Unsicherheit als Herausforderungen zu begreifen, ist die Bereitschaft zum Um- und Vordenken eine entscheidende Voraussetzung. Alte Gewohnheiten und Besitzstände müssen überprüft und in Frage gestellt werden. Zum Wandel gehört, dass Widersprüche zwischen dem, was wir uns wünschen und dem, was man selbst dabei zu tun bereit ist,

klar angesprochen werden. Wandel und Herausforderungen haben mit Sicherheit zu tun. Sie setzen die Bereitschaft zu individueller, kollektiver, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, sozialer, unternehmerischer Flexibilität, Neugier, Mut, Anpassungsfähigkeit und Zuversicht voraus. Eine freie demokratische Gesellschaft und eine soziale Marktwirtschaft brauchen einen Kern gemeinsamer und verbindender Überzeugungen und Grundwerten.

Es gilt, eine gemeinsame verbindende Kraft zu schaffen, die von innen her das zusammenhält, was in Zeiten des Wandels und Unsicherheit durch starke Zentrifugalkräfte auseinandergerissen zu werden droht. Die Auseinandersetzung mit Wandel und Unsicherheiten sind einmalige Chancen, aus unserer Herkunft Zukunft zu schaffen.

Neue Spannungsfelder

Festgefügte Machtverhältnisse verfließen in der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie. Genforschung, Umweltbedrohungen, Cyberwar und Terrorismus überfordern bedrohlich. Die lebenslange Arbeitsstelle taugt nicht mehr als Lebensentwurf und über Jahrhunderte gewachsene gesellschaftliche Werte, Sozialstrukturen und Lebenskonzepte stehen zur Disposition. Die Medizin verheisst nahezu Unsterblichkeit.

Zwar scheint am Ende des Ost-West-Konfliktes seit dem Fall der Mauer die Gefahr einer nuklearen Katastrophe gebannt. Die Zahl der militärischen Konflikte und regionaler Gewaltanwendungen sind aber gewachsen. Seit Ende des 2. Weltkrieges registrierten Friedensforscher weltweit gegen 200 Waffengänge und Konflikte, bei denen über 35 Millionen Menschen umkamen. Seit dem Aufstieg des Turbokapitalismus in den 80er-Jahren ist die Kluft zwischen Arm und Reich

unablässig gewachsen. Während die Gewinner im globalen Monopoly ungeheuren Reichtum anhäuferten, leiden 3,3 Milliarden Menschen Not und schaffen Spannungsfelder. Die kulturelle Globalisierung schreitet immer rascher voran, die Staatenwelt spaltet sich vor allem in den ärmeren Weltregionen. Die UNO verzeichnet inzwischen 22 Zwergstaaten mit weniger als 250 000 Einwohnern. Seit 1900 stieg die Gesamtzahl souveräner Staaten von 48 auf 197.

Probleme wie das Ozonloch, Klimawandel, Überalterung und demografische Entwicklung, Wachstum der Bevölkerung, Welthunger, Seuchen und Krankheiten, Nord-Südkonflikt und Immigrationsdruck sind aktuelle ungelöste Bedrohungen. Immer mehr Akteure und Interessen schaffen Konfliktpotenziale. Je mehr Akteure im globalen Machtpoker mitspielen, desto schwieriger werden Kompromisse und häufen sich die Konflikte.

Über Jahrhunderte gewachsene Werte und Lebenskonzepte stehen zur Disposition.

Die Gleichzeitigkeit grosser schneller Veränderungen und Bedrohungen auf immer mehr Gebieten ist die eigentliche Revolution, mit der wir uns befassen müssen und die bewältigt werden muss. Die internationale Sicherheitspolitik wird durch die dreifache Multiplikation von Akteuren, Konflikt-Ursachen und Druckmitteln gekennzeichnet und vervielfacht die Möglichkeiten von Spannungen. Eine nicht mehr überschaubare Anzahl macht aber eine Übereinstimmung über Grundzüge einer friedlichen Weltordnung für unsere Zukunft nur schwermöglich.

Die Rolle und Zukunft des Staates werden von zwei entgegengesetzten Seiten herausgefordert. Einmal von jenen, die ihn möglichst auf einige Grundaufgaben wie Sicherheit, Soziales, Recht, Bildung, Gesundheitswesen und Aussenpolitik zurückbinden wollen. Zum andern von jenen, die bei ihm vermehrten Schutz und Sicherheit suchen. Beide spiegeln damit einen tief greifenden Wandel in der Auffassung von Staat und Gesellschaft.

Für die einen ist der Staat ein Hindernis für eine praktisch ungebundene Selbstverwirklichung, für die anderen wächst seine Verantwortung angesichts von Entwicklungen wie Migration, organisierte Kriminalität, Terrorismus, Cyberbedrohung, soziale Ungleichheiten und Umweltbedrohungen.

In der Verantwortung

Die massgebende Frage ist, wieviel Staat notwendig ist, um diese zentralen Aufgaben wie Sicherheit, Wohlstand und Ordnung zu erfüllen, ohne die Entfaltung von Wirtschaft und technischem Fortschritt und die Freiheit des Einzelnen im Wandel zu hindern.

Gefordert ist hier nicht nur die Politik, sondern besonders auch die von der wirtschaftlichen Globalisierung profitierenden Unternehmen. Bundesrat und Parlament stehen in der Verantwortung, Sicherheit zu schaffen für Land, Bevölkerung und Wirtschaftsstandort. Als Kleinstaat im Herzen Europas sind unsere Möglichkeiten und Machtmittel, über die ein souveräner Staat verfügen muss, beschränkt. Aber unsere Geschichte zeigt, dass die Schweiz auch in schwierigsten Zeiten aus Herkunft Zukunft machen kann.

Roger E. Schärer war Direktor unter anderem bei Winterthur Versicherungen und Credit Suisse sowie nach seiner Frühpensionierung für den Bundesrat an der Schnittstelle Politik, Wirtschaft, Armee tätig. Er ist Oberst a.D.

Noch nicht auf Vollast

Das Atomkraftwerk Leibstadt darf unter Auflagen wieder ans Netz



Qualitätsmängel festgestellt. Die Revision des Atomkraftwerks Leibstadt dauerte länger als geplant. Foto Keystone

Leibstadt. Das Atomkraftwerk Leibstadt, das seit September wegen der Jahresrevision nicht am Netz war, darf wieder angefahren werden. Die Revision dauerte länger als geplant, weil an Brennelementen Qualitätsmängel festgestellt worden waren.

Die Experten hätten bei den Kontrollen keine Befunde mehr gefunden, die das Wiederauffahren und einen sicheren Leistungsbetrieb in Frage stellen würden, teilte das Eidgenössische Nuklearinspektorat (Ensi) am Samstag mit. Das Atomkraftwerk (AKW) Leibstadt darf jedoch nicht auf Vollast ans Netz: Die Leistung der Brennelemente und des Kerndurchflusses müssen gemäss der Mitteilung weiterhin begrenzt werden. Diese verschärfte Massnahme hatte das AKW im Februar 2017 durchgeführt, um «lokale Dryouts» zu ver-

meiden. Bei einem Dryout wird die Hüllrohroberfläche im Betrieb nicht mehr mit einem Kühlmittelfilm benetzt, wodurch es lokal zu einem starken Anstieg der Oberflächentemperatur kommt. Dies bewirkt eine verstärkte Oxidation des Hüllrohrmaterials.

22 Brennelemente ersetzt

Im Rahmen der Revision hat das AKW Leibstadt 22 Brennelemente ersetzt. Diese wiesen gemäss Ensi «Qualitätssicherungsfehler» auf. Sechs dieser Elemente waren bereits drei beziehungsweise vier Betriebszyklen im Einsatz gewesen.

Die Atomaufsichtsbehörde sprach von einem Fehler bei der Qualitätssicherung der Hüllrohre. Sollten alle betroffenen Brennstäbe im schlimmsten Fall gleichzeitig einen Hüllrohrschaden

aufweisen, würde die Aktivität im Kühlwasser ansteigen. Im Rahmen der Revision wurde zudem ein Lecktest durchgeführt, der beim AKW Leibstadt nur alle zehn Jahre gemacht wird, weil er so aufwendig ist. Neben Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten wurde der Wasserabscheider-Zwischenüberhitzer ersetzt. Dieser dient gemäss der Mitteilung dazu, das kondensierte Wasser aus dem Dampf zu entfernen und den Dampf zu «trocknen».

Das AKW darf erst wieder auf Vollast zurückkehren, wenn lokale Dryouts ausgeschlossen werden können. Die Kernkraftwerk Leibstadt AG hatte bereits Anfang November mitgeteilt, dass die Anlage wegen des Ersetzens der betroffenen Brennelemente erst Ende Dezember wieder ans Netz gehen werde. SDA

Eltern zu wenig gut informiert

Migrationskinder fallen nach Grundschule häufiger durch

Bern. Kinder mit Migrationshintergrund fallen in weiterbildenden Schulen oder im ersten Lehrjahr häufiger durch als Schweizer Kinder. Dies zeigt eine Studie der Universitäten Bern und Zürich. 13 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund beenden das erste Jahr der Weiterbildung oder der Lehre nicht oder müssen das Jahr wiederholen. Bei Schweizer Kindern betrug dieser Anteil lediglich ein Prozent. Das sind die Resultate der Studie, über welche die *SonntagsZeitung* gestern berichtete.

Weiter legen die Ergebnisse dar, dass von den Schweizer Kindern 69 Prozent nach der obligatorischen Schulzeit direkt eine Berufslehre oder weitere Schulbildung wie eine Fachmittelschule besuchen und das erste Jahr dabei erfolgreich absolvieren.

33 Prozent machen Zwischenjahr

21 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer machen ein Zwischenjahr. Bei den Kindern mit Migrationshintergrund sind es 33 Prozent. 53 Prozent von ihnen absolvieren erfolgreich das erste Jahr der schulischen Ausbildung oder der Berufslehre.

Dass Kinder aus Migrationsfamilien bei ihrem Einstieg in die Sekundarstufe II (Mittelschulen) weniger erfolgreich sind als Kinder von Schweizer Eltern, führen die Studienautoren zum Teil darauf zurück, dass deren Eltern ungenügend informiert seien. Für Einwanderer aus Ländern, die ein komplett anderes System haben, sei es schwierig, das Bildungssystem in der Schweiz komplett zu verstehen. Daraus folge, dass sie weniger gut fähig seien, ihren Kindern dabei zu helfen, den für sie richtigen Weg zu finden.

Die Studie der Universitäten Bern und Zürich untersuchte dafür den Weg von über 13 000 Neuntklässlern, die im Jahr 2012 an der Pisa-Studie teilgenommen hatten. SDA